

Liebe Genossinnen und Genossen



Politik ist die Kunst des Machbaren, aber das setzt dann halt auch voraus, dass man machen darf und kann. Seit gut einem Jahr dürfen und können wir an so manchen Stellschrauben drehen, die uns vorher nicht zugänglich waren und ich freue mich sehr, dass wir das auch tun.

In der Sozialpolitik ist das natürlich aktuell der Mindestlohn von 12 Euro, der ab dem nächsten Monat gilt. Ja, es ist traurig, dass

ein guter Teil dieser Lohnerhöhung für sechs Millionen Menschen im Deutschland von der Inflation aufgefressen wird. Gleichzeitig ist es aber umso wichtiger, dass es dieses Mehr schon mal gibt.

Das zweite Beispiel ist natürlich die Einführung des Bürgergelds. Leider dreht sich die öffentliche Diskussion nur um die Höhe des Regelsatzes.

... weiter auf Seite 2



AUS DEM INHALT

Viel mehr als nur ein anderer Name	2
Aus für Zweckverband in Fessenheim	5
Ehre, Freiheit, Vaterland – unsere Antwort: Widerstand!	6
Kein Henne-Ei-Problem beim ÖPNV	8
Der SUV-Effekt: + 35%	10
Widerliches „Vergleichsgeschwurbel“	11
Medien-Ecke: Neue Facebook-Phishing-Falle	12
Termine	15
Impressum	17

Vielen Sozialverbänden und den Linken sind die 50 Euro mehr viel zu niedrig (nicht wenigen Sozialdemokraten übrigens auch), während beispielsweise der Handwerksverband schon davor warnt, dass sich Geringverdiener in die „soziale Hängematte“ schwingen. In die selbe Richtung läuft erwartungsgemäß eine Kampagne des Lügenblattes mit den vier großen Buchstaben. Es ist immer wieder unfassbar, wie versucht wird, die Ärmsten des Landes – ob in Grundsicherung oder Niedriglohn – gegeneinander auszuspielen.

Um so mehr freut es mich, dass unser Bundestagsabgeordneter Takis Mehmet Ali in einem Beitrag in diesem Mitgliederbrief das neue Bürgergeld erklärt. Es ist eben nicht nur ein neuer Name, sondern eine Abkehr von der Philosophie hinter Hartz IV, die das mit dem Fordern ins Zentrum stellt und das Fördern eher dem Zufall überlässt. „Menschen sollen wirksam unterstützt werden, ihre Potentiale weiterentwickeln können und neue Chancen für sich entdecken.“ so eine Kernaussage in Takis' Statement.

Gleichzeitig fordert er uns auf, diese Reform zu feiern: „ ... lasst uns zeigen, dass wir endlich auf Augenhöhe auch in schwierigen Zeiten miteinander umgehen.“ schreibt er, denn dafür haben wir alle lange gekämpft. Das kann ich genauso unterschreiben.

Das mit Rausgehen ist jetzt dann auch wieder besser möglich, nachdem wir wohl die manchmal unerträgliche Hitze dieses

Dürresommers hinter uns gelassen haben. Ich wünsche uns allen jetzt einen ruhigen und bunten Herbst und der Natur ausreichend Regen. Auch da ist der Nachholbedarf sehr groß.



Viel mehr als nur ein anderer Name

Seit der Einführung der Hartz IV Gesetze hat sich einiges in unserem Land getan. Denn der Arbeitsmarkt ist nicht mehr der gleiche wie vor 20 Jahren. Deshalb sollten auch unsere politischen Instrumente, auf diese Veränderung zu reagieren, andere sein.



Foto: Photothek

Grund für die Einführung der Hartz IV Gesetze war der Mangel an Arbeitsplätzen, nun mangelt es an Fachkräften. Die Gesetze von heute führen leider nicht dazu,

dass wir Langzeitarbeitslose wieder zu einer Beschäftigung motivieren können. Viele der Leistungsberechtigten können aufgrund von persönlichen Lebensumständen und Schicksalsschlägen bestimmte Herausforderungen nicht stemmen. Das macht es ihnen enorm schwierig, eine neue Arbeit aufzunehmen.

Wir müssen diesen Umstand ändern!

Im Wahlkampf bin ich mit dem Slogan angetreten: „Sozialstaat und Wirtschaft in gute Hände“, das nehme ich sehr ernst. Mein Ziel ist es, einen modernen Sozialstaat zu gestalten, welcher an der Seite der Bürger:innen ist und sie verlässlich unterstützt. Menschen sollen wirksam unterstützt werden, ihre Potentiale weiterentwickeln können und neue Chancen für sich entdecken.

Deshalb werden wir bürokratische Belastungen abbauen und verbessern die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine vertrauensvolle und ehrliche Zusammenarbeit. Damit möchte ich einen Beitrag dazu leisten, dass die Jobcenter nicht mehr mit standardisierten Beratungsangeboten die Menschen zu ungewollten Jobs nötigen, die letztendlich sowieso nicht angenommen und deshalb sanktioniert werden.

Wir bauen Brücken aus der Arbeitslosigkeit und stärken die Fort- und Weiterbildung. Endlich werden die Jobcenter die Möglichkeit erhalten, auch langfristig mit den Beziehenden des Bürger:innengeldes zu arbeiten.

Wir führen einen monatlichen Weiterbildungs- und Bürger:innengeldbonus für integrationsrelevante Maßnahmen ein und setzen damit richtige Anreize. Zudem ermöglichen wir auch die Nachholung eines Berufsabschlusses künftig in drei statt in zwei Jahren!

Menschen, die wir besonders schwer erreichen, werden wir mit Coachingangeboten wieder abholen. Mit der Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes werden wir es ermöglichen, dass Menschen echte soziale Teilhabe durch gute Arbeit erfahren können.

Arbeit muss sich natürlich trotzdem lohnen!

Die Ängste sind da, dass durch die Erhöhung des Regelsatzes von derzeit 449€ auf 502€ die Sorgen bestehen, dass die Menschen jetzt erst Recht nicht mehr arbeiten gehen.

Das stimmt so nicht!

Rein rechnerisch handelt es sich hierbei um eine Inflationskorrektur der Vergangenheit, Gegenwart und schon kalkulatorisch für 2023. Eine echte materielle Verbesserung ist es nicht für die Leistungsberechtigten. Das muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden!

Damit sich Arbeit lohnt, werden wir die Freibeträge bei einem Verdienst von 520€-1000€ auf 30% anheben. Zudem wird für Schüler:innen, Studierende und Azubis der Grundfreibetrag auf 520€ erhöht.

Um die Transparenz zu erhöhen, werden wir die Eingliederungsvereinbarung im jetzigen Hartz IV System durch einen Kooperationsplan ersetzen und mit einer Vertrauenszeit ausrüsten. Wer Leistungen beantragt, soll nicht sofort unter dem Generalverdacht stehen, seiner solidarischen Pflicht nicht nachkommen zu wollen, wieder eine Arbeit aufzunehmen. Die Leistungsminderung wird entsprechend angepasst.

Manchmal ist es so, dass Menschen, die jahrelang geschafft haben, nach 30, 40 Jahren ihren Job verlieren können. Heute müssen sie sofort ihre Wohnung verkaufen und ihr oft kleines Vermögen für den Lebensunterhalt ausgeben, bevor Leistungen zur Verfügung stehen. Leider entspricht diese Verwaltungspraxis nicht der Realität. Viele Menschen, die so lange schon gearbeitet haben, sind oft innerhalb von zwei Jahren wieder auf dem Arbeitsmarkt. Nach der jetzigen Praxis fangen sie oft bei null an, weil die Eigentumswohnung und das kleine Vermögen weg sind. Im Übrigen ist so eine Eigentumswohnung ganz interessant, wenn es um die Altersvorsorge geht, erst recht mit einer kleinen Rente! Deshalb führen wir für Wohnung und Vermögen eine zweijährige Karenzzeit ein, damit auch die Menschen in ihrem Lebensumfeld erst mal bleiben können. Den Prüfaufwand reduzieren wir durch Bürokratieabbau und Bagatellklauseln.

Wir lassen die Hartz IV Gesetze hinter uns. Dafür habe ich lange gekämpft, dafür haben wir lange gekämpft. Lasst uns rausgehen und das feiern, lasst uns zeigen, dass wir auch in schwierigen Zeiten miteinander endlich auf Augenhöhe umgehen.

Takis Mehmet Ali, MdB



LAGE DER FRAKTION

Im sehr hörenswerten **Podcast der Bundestagsfraktion** mit Annika Klose geht es ebenfalls über den aktuellen Gesetzentwurf.

Annika Klose ist Berichterstatterin im Sozialausschuss zu diesem Thema.



[Brauchen Arbeitslose Sanktionen?](#)

Aus für Zweckverband in Fessenheim

Wir alle freuen uns über die endgültige Stilllegung des Kraftwerkes in Fessenheim. Die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Gewerbeparks war dabei immer ein fester Bestandteil des Gesamtprozesses. Dieses Projekt wurde jetzt aufgegeben, der dazu gegründete Zweckverband Novarhena wird aufgelöst. Landkreis, Regionalverband und einige Kommunen im Kreis und die Stadt Freiburg, die sich auch finanziell jeweils daran beteiligt hatten, werden einen Teil ihrer Einlagen verlieren. Der finanzielle Verlust ist aber gering und vernachlässigbar. Schwerer wiegt, dass damit vielleicht der Weg für das „Technocentre“ frei ist, in dem der Stahlschrott aus stillgelegten französischen Atommeilern wiederaufbereitet werden soll.



Martin Löffler, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag, bedauert diese Entwicklung, hält sie aber angesichts der

Entwicklungen der letzten Monate für nachvollziehbar. Die ursprünglich geplante Fläche von 200 Hektar wurde in dieser Zeit aus verschiedenen Gründen auf gut ein Viertel davon eingedampft. Da rentiert sich ein eigener Zweckverband nicht mehr.

Löffler gibt sich aber für die weitere Entwicklung zuversichtlich: „Wir halten daran fest, dass das Ziel eines regionalen Leuchtturmprojektes in unserer europäischen Musterregion angestrebt wird. Wir wünschen uns deshalb weiterhin eine intensive deutsch-französische Kooperation, was die weiteren Entwicklungen auf dem ehemaligen AKW Gelände betrifft.“



Immerhin gibt es eine von Frankreich und Deutschland finanzierte EUCOR-Machbarkeitsstudie, die zum Beispiel Vorschläge zur Erzeugung von grünem Wasserstoff und zum Batterierecycling macht.

Die geplante Bahnlinie zwischen Freiburg und Colmar sieht die Fraktion von dieser Entwicklung nicht beeinträchtigt.

Oswald Prucker

Ehre, Freiheit, Vaterland – unsere Antwort: Widerstand!

Warum studentische Verbindungen und Burschenschaften nicht mehr zeitgemäß sind und nicht zur Sozialdemokratie passen.

In den meisten Universitätsstädten Deutschlands, aber auch in Österreich, gibt es sie. Burschenschaften und studentische Verbindungen. Wirken Sie auf den ersten Blick vielleicht etwas angestaubt und althergebracht, offenbart sich bei genauerer Betrachtung oft ein Selbstverständnis, welches in vielen Fällen nicht nur antiquiert wirkt, sondern auch diametral unseren sozialdemokratischen Werten entgegen steht.

Die SPD als antifaschistische, feministische und nach sozialer Gerechtigkeit strebender Partei steht hinter dem Ideal einer sozialen und freien Gesellschaft. Exklusive, oftmals, aber nicht immer rein männlich elitäre Bünde, in zu vielen Fällen ohne klare Abgrenzung nach rechts, sind nicht Teil des gesellschaftlichen Fortschrittes, sondern der Vergangenheit. Zwar nehmen Sie oftmals für sich in Anspruch, Vorkämpfer der Demokratiebewegung gewesen zu sein. Jedoch, wie die Bundeszentrale für Politische Bildung schreibt „schwankten diese Vereinigungen jedoch von Anfang an zwischen Völkischem Nationalismus und

Liberalismus“. Nur, weil sich Verbindungen vor 170 Jahren für weniger Feudalherrschaft und die Anfänge der Demokratie eingesetzt haben, kann man nicht behaupten, dass heute mit dem konsequenten, Monstranz artigen zur Schau stellen von Phrasen wie „Ehre, Freiheit, Vaterland“ noch irgend ein Einsatz für gesellschaftlichen Fortschritt verbunden wäre. Um es frei nach den Worten eines Verbinders aus einer Spiegel TV Doku zu sagen: „Wir haben uns nicht verändert, die Gesellschaft hat sich verändert!“

Zwischen den verschiedenen Verbindungstypen ist dabei jedoch zu differenzieren.

Die Juso Hochschulgruppe schrieb in einer Resolution:

„Burschenschaften stehen als faschistische, rassistische, sexistische und queer-feindliche Vereinigungen fundamental konträr zu unserem Selbstverständnis. Unser Aktionismus gilt der langfristigen Zerschlagung solcher Bünde!“

Immer wieder zeigen sich sogenannte „Einzelfälle“, in denen Burschenschaften durch rechtsextreme Umtriebe wie das Zeigen des Hitlergrußes, Auspeitschen mit Gürteln eines jüdischen Studenten, die Nutzung von Liederbüchern mit Antisemitischem Liedgut, oder das Verlangen eines „Ariernachweises“ zum Beitritt. In Österreich war nach der Nationalratswahl ein Großteil der FPÖ Abgeordneten Mitglied in Burschenschaften, die in Österreich nicht selten für den Anschluss Österreichs an

Deutschland eintreten. In den Reihen anderer Parteien fanden sich kaum Burschenschafter.

Natürlich betrifft dies nicht alle Burschenschaften. Einige haben sich aus dem Verband der Deutschen Burschenschaft gelöst. Dennoch offenbaren sich hier nicht nur Einzelfälle, sondern strukturelle Probleme. In vielen, auch in den sich als „unpolitisch“ bezeichnenden Burschenschaften, herrschen doch eher rechtes als anderes Gedankengut vor.

Es gibt jedoch auch weitere Arten von Verbindungen, wie christliche Verbindungen oder Corps, die nicht rechtsextrem sind, jedoch gemein haben, dass sie rein männlich sind und Frauen, sowie nicht-binäre Personen grundsätzlich von ihren Strukturen und den damit verbundenen Netzwerken ausschließen. Der grundsätzliche Ausschluss anderer Geschlechter ist diskriminierend und hält althergebrachte patriarchale Strukturen aufrecht, deren Bekämpfung sich die Sozialdemokratie von Gründung an zur Aufgabe gemacht hat.

Auch gemischtgeschlechtliche oder rein weibliche Verbindungen sollten wir als elitäres Konstrukt ablehnen. Im Mittelpunkt solcher Verbindungen steht ebenso das „Lebensbundprinzip“, das soziale Hierarchien und Abhängigkeiten schafft, welche unvereinbar mit unserer Vorstellung einer sozialen und liberalen Gesellschaft sind. Auch den sog. „liberalen“

Verbindungen liegt häufig ein sexistisch-patriarchales Weltbild zugrunde, das widersprüchlich zu unserem Selbstverständnis ist und bleibt. Darüber hinaus werden dort auch elitäre Strukturen geschaffen und gefördert, die einem Klassenkampf fundamental entgegenstehen.



Und nicht zuletzt zeigt sich: Auch rein weibliche Verbindungen sind nicht davon frei, mit Rechten zu paktieren: So waren Damen der Damenverbindung „Merzhausia“ in Freiburg sogenannte „Couleurdamen“ für Burschenschafter der „Saxo-Silesia“ in Freiburg, der Burschenschaft, der auch der Freiburger Neonazi Dubravko Mandic angehört.

Natürlich bedeutet dies nicht, dass jede Person, die Mitglied in einer Verbindung ist, rechts oder rechtsextrem ist. Dennoch sollte man sich bewusst sein, dass man mit seiner Mitgliedschaft, sowohl durch sein Handeln wie auch als „alter Herr“ oder „Dame“ finanziell diese Strukturen und die

fragwürdigen Ziele dieser Gruppierung unterstützt.

Ich finde: Wir als SPD sollten das nicht tun. Deshalb sollte es einen grundsätzlichen Unvereinbarkeitsbeschluss geben. Und deshalb sollte auch unser Kreis mit seinen Gliederungen (Kreisverband, Ortsvereine, AG-en usw.) keine Infrastruktur, wie Verbindungshäuser, Grillhütten usw. von Verbindungen mehr nutzen.



Abschließend noch ein paar Links - unter anderem eine Resolution der Juso HSG Freiburg, die hier mit eingeflossen ist, sowie eine Gemeinsame Resolution der Jusos Breisgau-Hochschwarzwald, der Jusos Freiburg, sowie der Juso HSG Freiburg aus dem Jahr 2016, sowie ein Artikel der Bundeszentrale für Politische Bildung.



[Studierendenverbindungen sind kein Teil der Sozialdemokratie](#)



[Statement zu Verbindungen und Burschenschaften](#)



[Burschenschaften: Geschichte, Politik und Ideologie](#)

Aaron Rau

Vorsitzender Jusos Breisgau-Hochschwarzwald

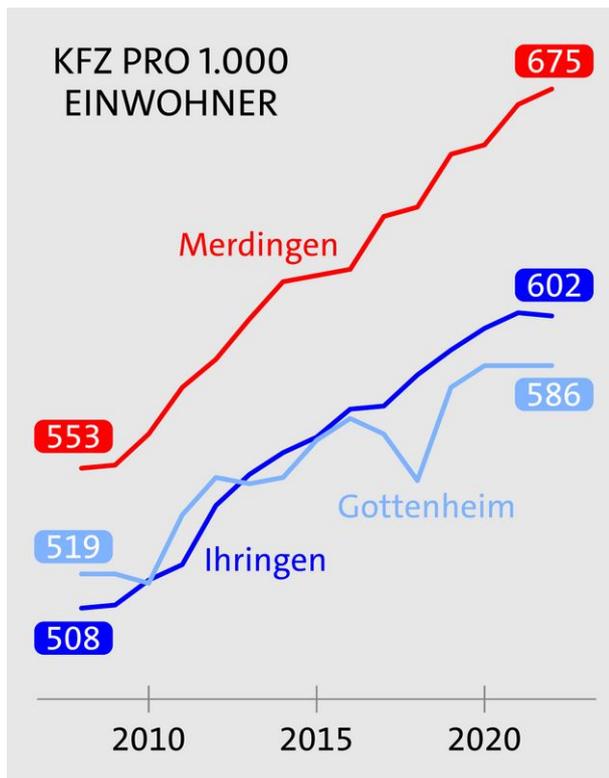
Kein Henne-Ei-Problem beim ÖPNV

Schon im letzten Mitgliederbrief habe ich das 9€-Ticket zum Thema gemacht und jetzt schon wieder. Tut mir leid, aber mir ist seither in der Diskussion doch aufgefallen, dass nach meinem Verständnis zwei Komponenten des ÖPNV durcheinander geworfen werden, die zwar nicht ganz unabhängig von einander sind, aber trotzdem getrennt betrachtet werden sollten.

Die verkehrspolitische Komponente

Unser Ziel ist es, den individuellen Autoverkehr zu reduzieren und die Menschen zum Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu bekommen. Da setzt man am besten bei den Pendlern an. Mit einem Billigticket bekommt man diese Personengruppe aber kaum in den Bus oder die Bahn. Das geht nur durch attraktive Verbindungen und bequeme Verkehrsmittel. Das wissen wir aus der Schweiz, wo es das

gibt. Die Beobachtungen zum 9€-Ticket bestätigen das: Nur wenige Menschen sind wegen des günstigen Preises umgestiegen und wenn, dann nur dort, wo es schon gut ausgebauten ÖPNV gibt. In den Städten. Interessanter Weise hat selbst das schon zu kürzeren Morgenstaus geführt.



Quelle: Statistisches Landesamt BW

Attraktivität schlägt Preis – das sieht man auch in der Region. Dazu vergleiche ich mal die drei Orte Ihringen, Gottenheim und Merdingen. In allen kostet der ÖPNV gleich viel und alle drei sind ähnlich weit von Freiburg weg. Der einzige Unterschied: Ihringen und Gottenheim sind über die S-Bahn an Freiburg angeschlossen, Merdingen ist das nicht und die Anbindung über den Bus ist deutlich schlechter, als via Zug. Das wirkt sich auf die Zahl der Autos in den Ortschaften aus. In Merdingen gibt es der-

zeit pro 1.000 Einwohnern 675 KfZ. In Ihringen und Gottenheim sind es rund 600 und damit über 10% weniger. Eine Betrachtung der Entwicklung seit 2008 zeigt auch, dass sich die Schere zwischen Merdingen und den anderen beiden Orten weiter öffnet.

Die soziale Komponente

Mobilität heißt Teilhabe. Die ist Menschen in der Grundsicherung bislang nicht gegönnt, denn der Regelsatz für Mobilität ist viel zu gering. An dieser Stelle hat das günstige Ticket tatsächlich vielen Menschen geholfen. Ich habe nicht wenige Geschichten von Alleinerziehenden gehört, die endlich mal wieder einen kleinen Ausflug mit den Kindern machen konnten. Oder von Menschen, die mal wieder die Eltern besuchen konnten. Das ist ein großer Wert und ich verabscheue so manche Äußerung aus der Union, dass das Billigticket ja nur ausgenutzt worden sei. Nein. Ein günstiges Ticket ermöglicht Teilhabe und das ist ein wichtiger gesellschaftlicher Wert.

Fazit

Es wird gerne von einem Henne-Ei-Problem beim ÖPNV oder bei der Verkehrswende gesprochen. Sollte man besser ein günstiges Ticket anbieten oder den ÖPNV ausbauen? Das ist leicht beantwortet: Wir müssen uns politisch überlegen, was wir wollen.

Wenn wir verkehrspolitische Ziele verfolgen, so erreichen wir durch einen konsequenten Ausbau des ÖPNV mehr, als durch ein billiges Ticket.

Wenn wir sozialpolitische Ziele verfolgen, dann braucht es fraglos ein günstiges bis sehr günstiges Angebot. In dieser Hinsicht ist das von der Koalition geplante 49€-Ticket nicht Fisch und nicht Fleisch und schon gar nicht vegan. Auch dann nicht, wenn in manchen Verkehrsverbänden das Monatsticket deutlich über 100,- Euro kostet und dann auch schnell mal doppelt so teuer ist, wie unsere RegioKarte.

Was wollen wir also? Beides, würde ich sagen. Vor allem, weil die von mir hier diskutierten Komponenten zwar schon so gelten, aber eben nicht völlig scharf voneinander getrennt sind. Abgesehen davon, sind das auch beides Ziele, die wir als Sozialdemokraten verfolgen sollten.

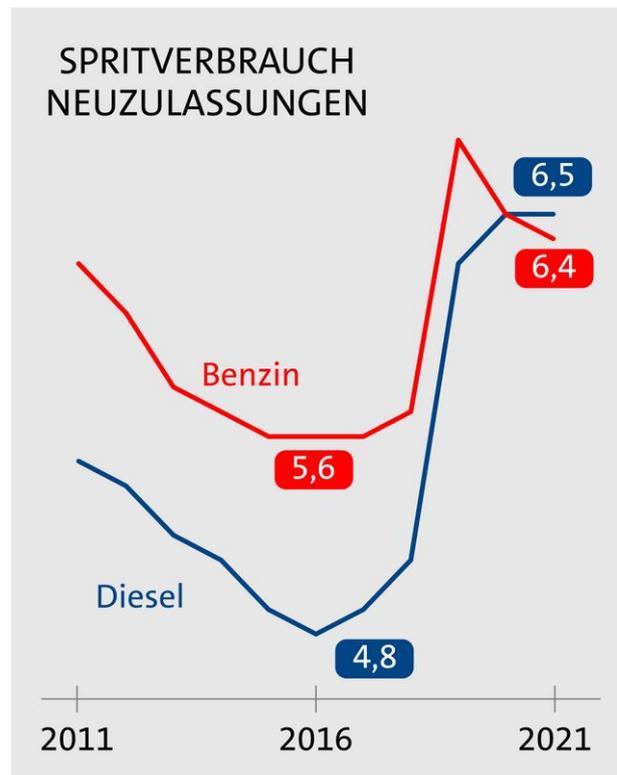
Oswald Prucker

Der SUV-Effekt: + 35%

Ein kurzer Einwurf zum Kraftstoffverbrauch der PKW in Deutschland. Ich bringe den hier deshalb, weil ich immer wieder höre, dass das mit den SUV-Panzern ja nicht so schlimm ist, denn moderne SUV würden auch nicht mehr verbrauchen, als die alten Karren früher.

Die Antwort darauf ist einfach: Doch. Erheblich mehr.

Diesel und Benziner verbrauchen derzeit im Schnitt rund 6,5 bzw. 6,4 Liter auf 100 km. Beim Diesel sind das ein Liter mehr, als vor zehn Jahren und 1,7 Liter als 2016. Das entspricht einem Anstieg des Verbrauchs gegenüber dem niedrigsten Wert 2016 von über 35%! Beim Benziner sind es immerhin noch 14%.



Quelle: statista.com

Spannend auch, dass Dieselfahrzeuge mittlerweile sogar ein bisschen mehr verbrauchen, als die Benziner.

Das ist eindeutig der SUV-Welle geschuldet. Mit diesen Fahrzeugen steigt das Gewicht der Fahrzeuge drastisch an (+10% seit 2016) und damit auch der Verbrauch. Die meisten dieser Straßenpanzer sind Diesel, während Kleinwagen meist Benziner sind

und das bedingt damit die Umkehr im Verbrauch nach Kraftstoffart.

Es ist nicht schwer und es bleibt dabei: Wer SUV fährt und kein Oberförster (o.ä.) ist, der ist ein Klimasünder.

Keine Ausreden, liebe Dieselritter!

Oswald Prucker

Widerliches „Vergleichsgeschwurbel“

Malte Wendt ist oder war einer der Hauptorganisatoren der Freiburger Querdenker-Demos. Vor kurzem las ich einen Telegram-Post von Wendt im offenen Kanal von Freiseinfreiburg. Er berichtet von den Prozessen, die gegen ihn laufen und einem Strafbefehl, den er gerade bekommen hat.

Ich werfe da mal zwei Wortzitate aus dem Post in die Runde:

„In Freiburg wurde mir nun ebenfalls ein Strafbefehl wegen Volksverhetzung mit einer Strafe von 3000,- € zugestellt.

Auch hier zentraler Vorwurf, das Zeigen der Slogan „Heil-Impfung“, „Wollt Ihr die totale Sicherheit?“ und „Impfen macht Frei“, sowie die Darstellung eines Tores mit Ähnlichkeit zu dem Tor in Auschwitz.“

So weit, so nachvollziehbar. Zumindest für mich und wohl auch uns allen. Aber nicht für ihn. Er schwurbelt:

„Der in meinen Augen vollkommen gerechtfertigte und äußerst wichtige

Vorgang des Vergleichens der heutigen Zeit mit dem Nationalsozialismus [...] wird dabei durch diese Staatsdiener auf äußerst bösertige Weise als Gleichsetzung des Holocausts [...] mit dem aktuellen „unbedenklichen“ Impfgeschehen interpretiert.“



Screenshot des Telegram-Posts von Malte Wendt.

Herr Wendt, da können Sie noch so ausschweifend schwurbeln - es ist „Gleichsetzung“ und es ist eine Beleidigung und Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus. Mit dieser Zeit durfte ich mich vor kurzem mal wieder beschäftigen und unter diesen wieder frischen Eindrücken ist meine Wut über dieses Geschwurbel noch größer, als sie ohnehin schon wäre.

Oswald Prucker

FREISEIN FREIBURG

Freisein Freiburg sind die hiesige Version der Querdenker. Noch im Frühjahr hatte die Gruppe mit ihren Demoaufzügen jeden Samstag die Freiburger Innenstadt verstopft.

Mittlerweile ist es ruhiger geworden, aber sie sind immer noch jede Woche unterwegs. Im Netz findet man sie auf Telegram (was sonst), Facebook, Twitter und Instagram. Eine eigene Webseite haben sie auch. Man bekommt eine bunte Melange ausgewählter Verschwörungserzählungen geboten.



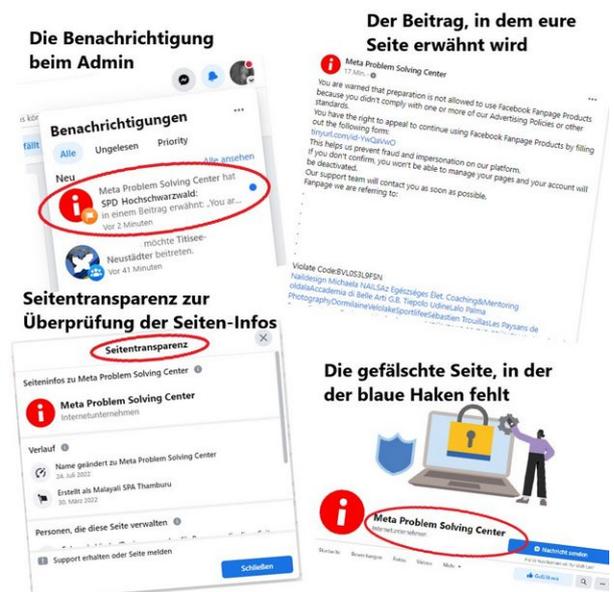
Hier ein Beispiel vom Twitterkanal: Das Weltwirtschaftsforum will die totale CO₂-Kontrolle, die Corona-Diktatur war nur ein Testlauf. Klar. Drunter geht es nicht.

Immer mehr im Angebot: Videos und Sharepics der AfD. Das ist dann aber auch wenig verwunderlich, denn oben genannter Wendt lässt sich anwaltlich durch den Ex-AfDler Dubravko Mandic vertreten.

Medien-Ecke: Neue Facebook-Phishing- Falle

OK, ganz so neu ist die Geschichte dann doch nicht. Aber sie taucht gerade wieder sehr verstärkt auf. Dieses Mal versuchen gefälschte META-Seiten (META = neuer Name des Facebook-Konzerns) an die „Fan-Seiten“ heranzukommen. Der Vorgang ist einfach und wird in der Regel nur von Seitenadministrator*innen wahrgenommen: Ich administrierte sehr viele Seiten auf FB und habe die Geschichte daher auch schon einige Male durch. Mit verschiedenen Namen, Bildern, Texten, doch inhaltlich und der Vorgehensweise nach immer dieselbe Masche:

Bei meinen persönlichen FB-Updates und Benachrichtigungen bekomme ich angezeigt, dass z.B. meine Seite SPD Hochschwarzwald in einem Beitrag von „Meta Problem Solving Center“ erwähnt wurde.



Als Adminne denke ich mir zunächst: „Huch, was will denn Meta von meiner Seite?“ und natürlich schaue ich mir den Beitrag an, in dem meine Seite erwähnt / markiert wurde.

Ich klicke also zu dem Beitrag hin und befinde mich auf der „*Meta Problem Solving Center*“- Seite. Ich bin sehr geübt in diesen Dingen und weiß sofort, dass ich mich auf einer gefälschten Seite befinde – weil → hinter dem Seitennamen fehlt der blaue Haken. Die Seite ist nicht verifiziert und ganz sicher würde FB bzw. Meta niemals über nicht verifizierte Seiten (oder Unter-Seiten) agieren. Niemals!

Eigentlich hat sich der Fall für mich schon erledigt, Aber ich schaue mir die Seite weiter näher an.

Unter „Seitentransparenz“ kann ich sehen, wie alt die Seite ist und auch ggf., was es für Änderungen an der Seite gab – z.B. Namensänderungen. In diesem Fall war die Seite „*Meta Problem Solving Center*“ erst wenige Monate alt und hatte auch eine Namensänderung. Vorher hieß sie „Malayali SPA Thamburu“ (wofür auch immer das gestanden haben soll).

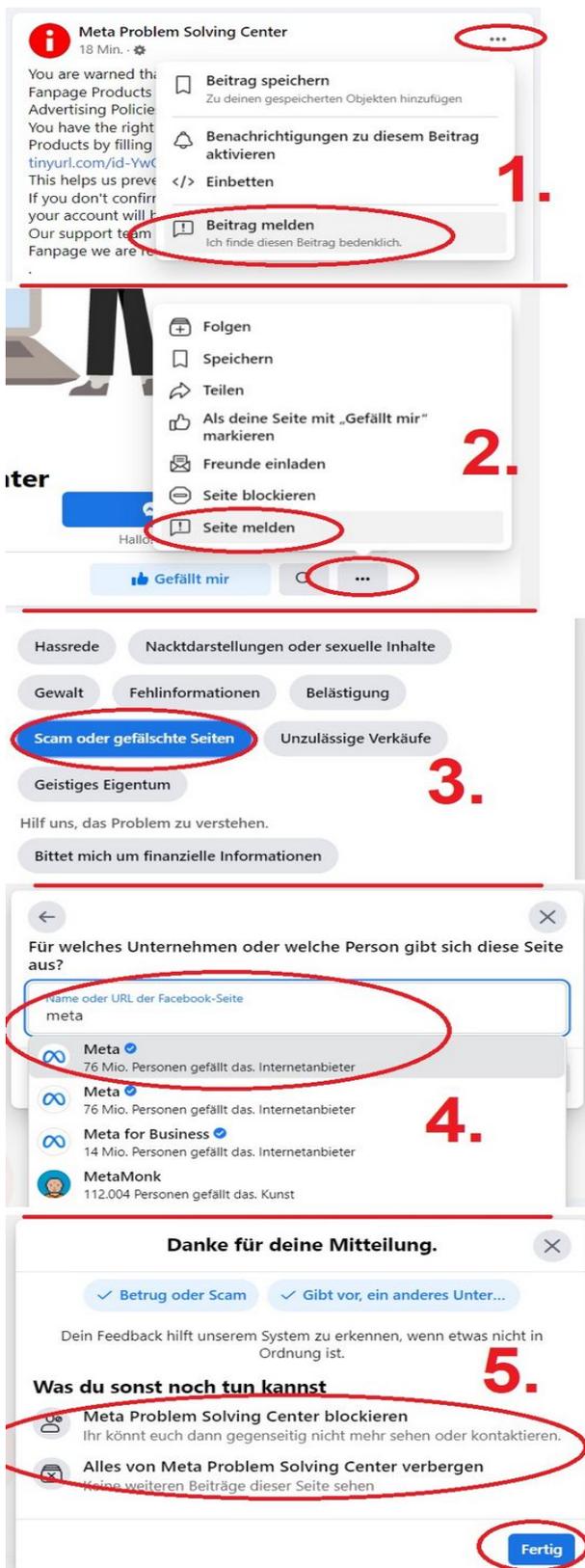
Jetzt befasse ich mich mit dem Beitrag, in dem meine Seite SPD Hochschwarzwald erwähnt bzw. markiert wurde. In diesem Fall lese ich auf Englisch: „You are warned that preparation is not allowed“. Ich werde gewarnt, dass ich meine Fanseite nicht mehr vollständig auf FB nutzen darf, weil ich nicht alle Formalitäten erfüllt habe.

Aber ich kann das umgehend nachholen, in dem ich das Formular unter dem angegebenen Link ausfülle. **Bäng – da ist sie – die Phishing-Falle.** Klicke ich hier auf den Link, komme ich zur gefälschten Internetseite von „Meta“ und fülle dort also ein offiziell ausschauendes Formular mit meinen Daten usw. aus ... in der Annahme, dass ich dann weiter meine Fanseite SPD Hochschwarzwald voll umfänglich nutzen darf. Und schon habe ich ohne jede Not den Betrügern meine Daten zu Verfügung gestellt. Im günstigsten Fall bin ich dann nur meine Seite los ... im ungünstigsten Fall auch mein persönliches Profil, meine anderen Seiten und Gruppen und vielleicht sogar diverse private Zugänge zu anderen Portalen.

Es gibt X Seiten – *Meta Security – FB Security – Facebook Sicherheitscenter* es gibt X Beiträge – mal auf Deutsch, mal auf Englisch, in denen uns erklärt wird, dass wir unsere Seite aus welchem Grund auch immer so nicht voll umfänglich weiterverwenden können und in denen uns dann ein Link angeboten wird, mit dem wir die Angelegenheit rasch bereinigen können.

NIEMALS anklicken und schon gar nicht, nach Aufforderung Daten irgendwo hinterlegen!

Ggf. Markierung entfernen – Beitrag melden – Seite melden – Seite blockieren.



Man soll seine Seite bestätigen – man soll sich erneut anmelden, um ein Video anschauen zu können – man soll sich zu

einem gesonderten Nachrichtenportal anmelden – man kann sehen, wer mein Profil besucht hat, wenn ich mich „hier“ anmelde – man kann eine Empfehlung von Höhle der Löwen bekommen, wenn man sich mit seinen FB-Daten dort anmeldet ... Es ist immer dieselbe Masche. Lediglich das Lockmittel ändert sich – es geht immer nur um eure Daten. Es ist IMMER Betrug!

Übrigens – Facebook bastelt gerade wieder und stellt Fanseiten um. Das ist dieses Mal nicht nur eine optische Geschichte, sondern bringt auch einige funktionale Änderungen mit sich. Dazu schreibe ich im nächsten Mitgliederbrief. Wer jetzt aber schon Fragen dazu hat, weil seine oder ihre Seite bereits von einer Seitenumstellung betroffen ist, darf sich natürlich gerne schon vorab an mich wenden.



Wie immer dürft ihr euch gerne bei mir melden, wenn ihr Rückfragen habt. Und auch sonst könnt ihr mit euren Anliegen, Anfragen, Wunschthemen usw. gerne auf mich zukommen.

Tanja Kühnel

Termine, Termine

Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zu unseren Online-Kreisstammtischen!



Das sind die nächsten Termine:

- **Dienstag, 11. Oktober**
- **Montag, 7. November.**

Wir beginnen immer um **19:00 Uhr**. Nutzt euer Notebook, surft nach <https://us02web.zoom.us/j/88362045387> und befolgt die Anweisungen am Bildschirm. Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387.

Mit dem Mobiltelefon oder Tablet geht's auch: Zoom App installieren, aufrufen und mit der Meeting-ID beitreten.

Regio-Stammtische Hochschwarzwald

Die Genoss:innen im Hochschwarzwald treffen sich zu den nächsten Stammtischen am:

28. September und am 26. Oktober im Hotel Jägerhaus, Postplatz 1-2 in Titisee-Neustadt.



Regio-Stammtisch Breisgau

Die Genoss:innen im Breisgau treffen sich zum nächsten Stammtisch am:

18. Oktober ab 20 Uhr in der Pizzeria Trattoria Bella Vita, Unterdorfstr. 44, 79238 Ehrenkirchen.

Herbstfest OV Hochschwarzwald

Am **01. Oktober ab 14.30 Uhr** veranstaltet die **SPD Hochschwarzwald** ihr erstes Herbstfest im schönen Hochschwarzwald - und zwar im **Naturfreundehaus Titisee-Neustadt, Schützenstraße 20.**

Geboten wird Kaffee & Kuchen, ein reichhaltiges Salatbuffet und Leckeres vom Grill. Auch ein Kinderprogramm haben wir für unsere jüngeren Gäste parat: Es wird Wolkenknete selbst hergestellt, ein Kicker steht bereit, auf Handtischtennis dürft ihr euch freuen, Riesen-Mensch-ärgere-dich-

nicht darf gespielt werden und noch einige anderen Spiele mehr.

Wir laden euch ein, mit uns zusammen einen geselligen Nachmittag zu verbringen. Neben unseren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten aus Lenzkirch, Löffingen und Titisee-Neustadt wird auch unsere Abgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin **Rita Schwarzelühr-Sutter** da sein. Kommt in gemütlich lockerer Atmosphäre mit uns ins Gespräch.

Herbstfest
01. Oktober ab 14.30 Uhr
Naturfreundehaus
Schützenstr. 20, 79822 Titisee-Neustadt

Kaffee & Kuchen
Sabatbuffet
Grillen

Kinderprogramm
* Wolkenknete herstellen
* Riesen-Mensch-ärgere dich-nicht
* Hand-Tischtennis
* Kicker
und viele andere Spiele

Im Gespräch mit SPD Gemeinderätinnen und unserer Parlamentarischen Staatssekretärin
Rita Schwarzelühr-Sutter

SPD Hochschwarzwald

Weitere Informationen unter www.spd-hochschwarzwald.de. Organisation von Fahrgemeinschaften usw. oder ein Shuttleservice vom Bahnhof Titisee-Neustadt zum Naturfreundehaus sind nach Absprache mit unsere Vorsitzende Tanja Kühnel, Tel. und WhatsApp 0172-2308375 möglich.

Bei schlechter Witterung verlegen wir unser Fest nach drinnen und schmeißen das Steak dann in die Pfanne, anstatt auf den Grill.

Wir freuen uns auf euch.

Tanja Kühnel

Mitgliederversammlung OV Hochschwarzwald

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Hochschwarzwald findet am **27. Oktober ab 19:00 Uhr** im **Saal der Touristinformation**, Rathausplatz 14, 79843 Löffingen statt.

75 Jahre OV Gundelfingen

Die Gundelfinger feiern ihr großes Jubiläum am 28. Oktober ab 18:00 Uhr

Kreisparteitag mit Vorstandswahlen

Unser nächster Kreisparteitag findet am

29. Oktober ab 15:00 Uhr
in der **Schulturnhalle Gottenheim**,
Schulstraße 15, 79288 Gottenheim

statt. Der Tagungsort liegt nur wenige Gehminuten vom Gottenheimer Bahnhof entfernt.

Turnusgemäß stehen die Wahlen des Vorstands und der Delegierten auf dem Programm.



Es wird abgestimmt. Wir nennen es auch gerne Parteitagsgymnastik.

Anträge an den Kreisparteitag müssen gemäß Satzung spätestens drei Wochen vor dem Kreisparteitag schriftlich (bevorzugt per E-Mail) bei der Kreisvorsitzenden oder dem SPD-Regionalzentrum eingegangen sein. Der Stichtag ist also der 8. Oktober.

Debattenkonvent Berlin

Nach den großartigen Erfahrungen mit den Debattencamps in den Jahren 2018 und 2020 zündet die Bundespartei nun die zweite Stufe und veranstalten am **5. und 6.**

November 2022 einen Debattenkonvent.

Die ganze Parteispitze und auch Bundeskanzler Olaf Scholz werden dabei sein.

Man kann online teilnehmen und in Präsenz. Das Ticket muss man aber gewinnen und [das geht hinter diesem Link](#).

Nähere Informationen folgen bestimmt in Kürze.



Landesparteitag



Der nächste Landesparteitag findet am 19. November in Friedrichshafen statt. Antragschluss ist der 8. Oktober. Näheres wird sicher in Kürze auf spd-bw.de bekannt gegeben.



IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der **SPD Breisgau-Hochschwarzwald**:

Dr. Birte Könnecke,
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg.

Redaktion:
Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke